

ALTERNATIVE GEWERKSCHAFT

Frühjahr 2018

SPENDENBASIERT

KOLLEGEN, WIR MÜSSEN REDEN! ES IST **ZEIT** FÜR DIE WENDE!



Oh, Du glückliches Deutschland, Insel des Wohlstands! Doch halt: Wussten Sie, dass es in Deutschland rund 335.000 Obdachlose gibt? Und war Ihnen eigentlich bewusst, welche Summen sich Manager in der Banken- und Automobilbranche jährlich auszahlen? Während wir in Deutschland mittlerweile eine Armutsquote von 15,7 Prozent vorzuweisen haben, gönnt sich ein Manager der Daimler AG sieben, acht Millionen Euro Jahresgehalt – und hat damit Ansprüche auf rund 38 Millionen Euro nach der Pensionierung, während

in unserem Städtebild immer häufiger Rentner auffallen, die Flaschen sammeln gehen, um ihr karges Einkommen aufzubessern. Das klingt für Sie irgendwie so, als läge hier etwas im Argen? Abwarten – es kommt noch besser!

Denn während die Zahl der Millionäre und Milliardäre in Deutschland stetig steigt – das oberste Prozent alleine verfügt übrigens über ein Drittel (ca. 3,5 Billionen Euro ...) des Vermögens in Deutschland – muss sich der fleißige „Normalbürger“ nicht nur mit sinkenden Reallöhnen,

steigenden Mieten und immer prekärer werdenden Anstellungsverhältnissen rumschlagen. Er darf gleichzeitig auch noch für allerlei Wahnsinn aufkommen. Politik und Establishment geben nämlich am liebsten jene Gelder aus, die sie selbst nicht erwirtschaftet haben!

Das Bürgernetzwerk „Ein Prozent“ hat in den Jahren 2016 und 2017 erschreckende Zahlen aufgedeckt, hier ein Beispiel: Am 4. April 2017 beschloss der Landtag von Baden-Württemberg den sogenannten „Pakt für Integration“, der eine gewaltige Finanzspit-

ze von insgesamt 320 Millionen Euro in die Asylindustrie pumpt. Nur wenige Monate zuvor konnte enthüllt werden, dass rund 7 Millionen Euro Steuergelder alleine in dem kleinen Bundesland Sachsen dafür aufgebracht werden, linke Initiativen, Künstler und Sozialarbeiter zu versorgen. Der Preis? Loyalität in der „Flüchtlingsfrage“. Solche Beispiele lassen sich belegen und vor allem: beliebig weiterführen.

Was heißt das im Klartext? Während die obersten Schichten profitieren und weiter kräftig verdienen; während die etablierten Gewerkschaftsfunktionäre freudig Konzernmanagerhände schütteln und die eigene Tasche aufhalten; während die Regierung das hart erarbeitete Geld überall dort ausgibt, wo es definitiv am wenigsten benötigt wird; während all dieser bundesdeutschen Unannehmlichkeiten schaut genau einer in die Röhre: der geschöpfte „Normalbürger“.

In dieser Zeitung nehmen wir kein Blatt vor den Mund – und weisen einen ersten Weg aus der Misere! Das unabhängige COMPACT-Magazin, die alternative Arbeitnehmervertretung „Zentrum Automobil“ und das patriotische Bürgernetzwerk „Ein Prozent“ präsentieren gangbare Wege der Opposition. Gehen Sie diese bitte mit uns! Deutschland braucht die politische Wende. ✨

Unterstützt und realisiert durch:



Gewerkschaften: Die gekaufte Opposition?

Gewerkschaften vertreten in Deutschland nicht mehr den Arbeiter – sondern die Aktionäre. Während die wenigen „Gewerkschaftsbosse“ selbst horrenden Summen verdienen – und sich dabei ganz selbstverständlich „sozial“ nennen – bleibt für die Interessen der „kleinen Leute“ weder Zeit noch Sympathie. Funktionäre streben nach politischer Macht und machen gemeinsame Sache mit dem Establishment.

von Simon Kaupert

Die gekaufte Opposition

Die heutigen Gewerkschaften sind, historisch gesehen, eine Verfallserscheinung ihrer selbst: Während die Erfolge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zeitalter der Industrialisierung vornehmlich den alten Gewerkschaften zu verdanken sind, haben sie sich in weiten Teilen vom Establishment kaufen lassen. Früher waren Gewerkschaften unabhängig, oppositionell und frech – heute sind sie vom System des Parteienkartells abhängig, angepasst und träge.



Fakt ist, dass ohne die Interessengemeinschaft von Gewerkschaften und Parteien die großen sozialen Verwerfungen der vergangenen zwanzig Jahre nicht durchgewunken worden wären.

Agenda 2010 und Hartz-IV-Gemeinschaftsprojekt der Elite

Die Agenda 2010 hatte solche sozialen Verwerfungen zur Folge: Das eilig durchgepeitschte Gesetzspaket sorgte binnen kürzester Zeit für eine in der BRD ungekannte Armutswelle, drängte Menschen in das soziale Abseits und warf Deutschland infolge prekärer Lebensumstände ganzer Bevölkerungsschichten um Jahrzehnte zurück.

Der Arbeitstitel des vierten Reformpaketes „Hartz IV“ wurde zum Synonym für Armut, Ausgrenzung und eine politisch verursachte neue Unterschicht. Diese soziale Bombe wurde von der SPD-Regierung unter Schröder gezündet, Namensgeber und Konzeptentwickler Peter Hartz war Personalvorstand bei Volkswagen, Mitglied bei der SPD, Mitglied in der IG Metall und wurde von

der Schröder-Regierung mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet.

Der Fall Hartz beweist exemplarisch: Manager und Gewerkschaftsfunktionäre, etablierte Parteien und Arbeitnehmervertreter – sie alle sind keine Antagonisten mit verschiedenen Zielen, sondern arbeiten Hand in Hand und werden für ihre Vergehen am Arbeiter sogar noch mit Orden belohnt.

ver.di-Chef Frank Bsirske

Wie es um die wirkliche Verbundenheit der Gewerkschaften mit der „Arbeiterklasse“ bzw. Arbeitnehmern steht, offenbart die typische Funktionärsbiographie des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske: Bereits sein Vater stand der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) nahe. Als gewählter Stadtrat und Dezernatsleiter war Bsirske von 1997 bis 2000 für einige Reformprojekte und den Abbau von fast 1.000 der insgesamt 16.000 Beschäftigten der Stadtverwaltung mitverantwortlich. Bsirske ist Mitglied bei

der linksliberalen Wohlstandspartei Bündnis 90/Die Grünen und damit bestens in das politisch-wirtschaftliche Establishment integriert.

Hinter den Kulissen fließt das Geld: Nach älteren Angaben des Spiegel wird das ver.di-Monatsgehalt Bsirskes mit 13.000 Euro angegeben, laut *Frankfurter Rundschau* (FR) sind es sogar 175.500 Euro jährlich. Zusätzlich verdiente Bsirske durch seine Tätigkeit im Aufsichtsrat bei der Lufthansa insgesamt 175.000 Euro, als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Postbank mehr als 18.000 Euro und aus der Tätigkeit als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender beim Energiekonzern RWE satte 234.000 Euro.

Das sind insgesamt 427.000 Euro – allein im Jahr 2010! Zwar müssen Gewerkschaftsfunktionäre einen Großteil ihrer Aufsichtsrats-Tantiemen an die DGB-nahe Hans-Böckler-Stiftung abführen, doch selbst nach allen Abzügen verbleiben Bsirske vermutlich satte 50.900 Euro aus seinen zusätzlichen Tätigkeiten. Diese maßlosen

Luxus-Bezüge der Funktionäre sind ein Schlag in das Gesicht jedes hart arbeitenden Bürgers und Angestellten, dem von zwei oder drei Prozent Lohnerhöhung netto die Hälfte bleiben – oftmals weniger als 10 Euro!

Leiharbeit: Verbrechen am Menschen

Während sich Gewerkschaftsführer wie Bsirske utopische Managergehälter genehmigen, müssen viele Angestellte mit „Tage-löhneri“ über die Runden kommen: Unternehmen beschäftigen mit Leiharbeitern keine Menschen mehr, sondern nur noch austauschbare Billiglöhner – gesichts-

>>>

IMPRESSUM

Ein Prozent e.V.
Töpferstr. 12
02797 Kurort Oybin

Verantwortlicher Herausgeber:
Herr Philip Stein

Erschienen im Selbstverlag
Erste Auflage
Februar 2018
60.000 Exemplare

PATRIOTEN SCHÜTZEN PATRIOTEN!

los und ohne Biographie, ohne Krankheit oder Urlaub, jederzeit ersetzbar. Das alles geschieht mit schweigender Zustimmung der Gewerkschaften!

Zwar ist Leiharbeit in den letzten Jahren zunehmend reglementiert worden, doch die Gewerkschaften hebeln mit sogenannten Öffnungsklauseln und juristischen Hintertürchen zugunsten der Eliten jedweden Arbeiterschutz aus: Politik und Arbeitgeberverbände forderten eine maximale Leiharbeitszeit von 18 Monaten, die Gewerkschaften hingegen nur 12 Monate, geeinigt hat man sich dann auf volle 48 Monate!

Die enge Verzahnung von Parteipolitik und Gewerkschaft ist kein Einzelfall: Ausnahmslos alle Vorsitzenden der IG Metall waren oder sind Mitglieder der SPD.

Ein Neuanfang ist dringend nötig!

Ob Agenda 2010, Leiharbeit, satte Managergehälter oder Denunziationen am Arbeitsplatz: Die Gewerkschaften sind zum Instrument der Mächtigen geworden. Jahrzehntlang haben sie in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaftsbossen und Parteigünstlingen für eine Verschlimmerung der Zustände gesorgt.

Damit muss jetzt Schluss sein! Die Bürgerinitiative „Ein Prozent“ wird nicht tatenlos dabei zusehen, wie unser Land von den Gewerkschaften und Großkonzernen ausgeplündert wird. Nun muss auch die politische Beeinflussung der Wirtschaft und der Unternehmen angegangen und beendet werden. Zeit, sich die Demokratie zurückzuholen. Der Souverän ist das Volk, nicht das Geld!

Vernetzen wir daher das Volk, bringen wir es zusammen, stärken wir es: Jeder kann mitmachen – jeder kann helfen. Packen wir es also an. Gemeinsam. Solidarisch. Grundsätzlich. ☼

Jeder von uns hat mittlerweile einen Freund oder Bekannten, der seine Arbeitsstelle aus politischen Gründen verloren hat. Es rumort nämlich nicht nur in der deutschen Politik, sondern auch in den Betrieben und Büros dieses Landes: Gespräche über die sogenannte Asylkrise, die Masseneinwanderung und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt, die Innere Sicherheit und das Bildungsniveau in den Schulen und Universitäten sowie das Kreuz auf dem letzten Wahlzettel sind Themen, die oft nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert werden können – oder sogar dürfen! Wenn dennoch einer die „Klappe aufreißt“ und seine Meinung sagt, kann alles ganz schnell gehen.

Es trifft dabei fast immer die kleinen Leute, deren Existenz vernichtet wird, weil sie vielleicht mit PEGIDA sympathisieren, offen die Alternative für Deutschland (AfD) unterstützen oder einfach nur mit dem Kollegen in der Pause über politische Probleme reden. Das Establishment hat seine Gesinnungswächter auch am Fließband, im Büro und in der Werkstatt untergebracht: Am Arbeitsplatz wachen nicht selten linke Betriebsräte und Gedankenpolizisten über jedes kritische Wort. Es wird dokumentiert, befragt und schlussendlich gar fristlos gekündigt. Was ist unsere Meinungsfreiheit noch wert? – Das ist zu recht die Frage der Stunde!

Damit muss endlich Schluss sein! Um diese Willkür zu beenden, hat das patriotische Bürgernetzwerk „Ein Prozent“ die einzigartige Kampagne „Werde Betriebsrat“ gestartet: Zusammen mit der alternativen Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ werden wir bei den anstehenden Betriebsratswahlen eigene Kandidaten und Vertrauensleute logistisch, finanziell und juristisch unterstützen. So stärken wir den Arbeitern, nicht den Konzernen, den Rücken! Über 300 Kandidaten haben uns bis dato ihr Vertrauen geschenkt – damit Meinungsfreiheit am Arbeitsplatz endlich wieder ein Thema wird! Weiterlesen: www.einprozent.de und www.werdebetriebsrat.de ☼

PRESSESTIMMEN

„Denn natürlich sehen sich die Gewerkschaften als Kraft der politischen Linken. Wir, die Kämpfer für internationale Solidarität. Wir, das Bollwerk gegen Rechts. So heißt es in den Reden der Funktionäre, so steht es in den Grundsatzprogrammen – und so war es lange Zeit auch. Doch immer mehr Mitglieder fühlen sich von diesen Appellen nicht mehr angesprochen. Zwischen Führung und Mitgliedern wächst die Distanz. Verunsicherung breitet sich aus.“

www.zeit.de/2018/02/gewerkschaften-afd-politische-linke-arbeiter-rechtsruck

„Rechte Kandidaten machen Wahlen brisant“

<https://www.swp.dewirtschaftsnews/rechte-kandidaten-machen-wahlen-brisant-24719834.html>

„Die AfD sei ‚die Partei der kleinen Leute und der Mittelschicht‘, sagt Höcke. Wie lange wird es noch dauern, bis Beamte, Krankenschwestern, Paketzusteller, Kassiererinnen, Industriearbeiter und Polizisten das auch so sehen?“

www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-die-rechtspopulisten-und-der-nationalenationale-sozialismus-kolumne-a-1191417.html

„So klein wie das Grüppchen in Görlitz ist die ‚Zentrum‘-Gewerkschaft gleichwohl nicht. Laut einer internen Kandidatenliste treten bei den bundesweiten Betriebsratswahlen in Unternehmen vom 1. März bis 31. Mai insgesamt 187 Kandidaten von ‚Zentrum‘ an. Außerdem sollen viele Betriebsräte der Gewerkschaft signalisiert haben, erst nach der Wahl zu ‚Zentrum‘ wechseln zu wollen. Angeblich. Eine gewisse Logik hätten solche Absatzbewegungen. Nachdem die AfD einen Platz in der Parteienlandschaft eroberte, könnte sich Ähnliches in der Gewerkschaftslandschaft wiederholen. Unter Arbeitern stimmten bei der Bundestagswahl 19 Prozent für die AfD, unter Gewerkschaftsmitgliedern 15 Prozent.“

www.faz.net/aktuell/politik/inland/neue-gewerkschaft-orientiert-sich-nach-rechts-15424566.html

„Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau hatte bisher keine Kontakte und Berührungspunkte zum ‚Zentrum Automobil e.V.‘. Auch die Polizei befasst sich nicht aktiv mit dem in

Rede stehenden Verein. Er ist darüber hinaus als grundgesetzlich geschützte Vereinigung zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (Art. 9 Abs. 3 GG) kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Zu seinen Mitgliedern liegen keine Erkenntnisse vor, die über öffentlich zugängliche Informationen hinausgehen.“

https://www.landtag-bw.de/files/livesites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/3000/16_3023_D.pdf

„Interessant [...] ist die Kampagne, die dahinter steht, denn die wird mit multimedialen Mitteln groß betrieben. [...] Wenn man sich die tatsächlichen Proportionen anschaut, das sind 187 Kandidaten von insgesamt 180.000 Betriebsratsplätzen, die gewählt werden sollen, dann ist das eine kleine Anzahl, aber offensichtlich eine wirkmächtige.“

www.deutschlandfunkkultur.de/betriebsratswahlen-rechter-angriff-auf-die-dgb.2950.de.html?dram:article_id=409642

Opposition in den Betrieben

Ein Gespräch mit ZENTRUM AUTOMOBIL

Oliver Hilburger im Gespräch mit Simon Kaupert



Herr Hilburger, zu den kommenden Betriebsratswahlen tritt „Zentrum Automobil“ gegen etablierte Gewerkschaften an, auch gegen den „Riesen“ IG Metall. Allein an ihrem Stammwerk Stuttgart-Untertürkheim schicken Sie 187 Kandidaten für nur 44 wählbare Plätze im Gremium ins Rennen. In ganz Deutschland sind es weit über 300 Kandidaten in fast 40 Betrieben aller denkbaren Branchen. Wozu braucht es eine alternative Gewerkschaft?

Die DGB-Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall haben die Interessen der Arbeiter schon lange verraten. Seit Jahren tun sie fast alles – außer sich um die Belange der Arbeitnehmer zu kümmern. Deswegen haben elf Kollegen einen bis dahin undenkbar Weg eingeschlagen und die erste Gewerkschaftsgründung in der Geschichte der Bundesrepublik gewagt – das war 2009 und mittlerweile sind aus den elf Kollegen viele hundert geworden.

Bei den Betriebsratswahlen 2010 war die Stimmung so auf der Kippe, dass wir auf Anhieb mit zwei Mandaten in den Betriebsrat gewählt wurden. Gemeinsam mit meinem Freund und Kollegen

Christian Schickart haben wir das Zentrum damals aufgebaut. Wir mussten viel lernen, und auch privat war das eine zehrende Zeit. Ich hatte ja bereits etwas Erfahrung aus der CGM (Anm. d. Red.: „Christliche Gewerkschaft Metall“) gehabt, aber wie Christian das damals gemeistert hat – alle Achtung.

Bereits damals fiel uns auf: Die Funktionäre der großen Gewerkschaften tönen gegenüber den Kollegen in der Produktion groß

herum, sind aber, wenn es drauf ankommt, still. Hinter verschlossener Tür machen sie mit den Managern gemeinsame Sache. Hauptsache, der Platz an der reichhaltig gedeckten Tafel ist gesichert. Das fanden wir einfach nur schwach und wollten wieder richtige Gewerkschaftsarbeit machen: Nicht in Sitzungen oder Ausschüssen sitzen, sondern raus gehen, direkt bei den Kollegen sein und schauen, wo es Probleme gibt, um sie dann zu lösen.

Seit der Gründung des Zentrums haben Sie und Ihre Kollegen weitere Mandate und Mitglieder hinzugewonnen, bei den Wahlen 2014 hat sich das Zentrum-Ergebnis sogar verdoppelt – Sie waren plötzlich mit vier gewählten Betriebsräten im Gremium. Warum werden die Probleme der Kollegen nicht von den vielen anderen etablierten Betriebsräten und ihren finanzstarken Großgewerkschaften gelöst? Warum kommen die Kollegen zum Zentrum?

Das Zauberwort heißt „Co-Management“: Co-Management soll, ganz im modernen Neusprech, mehr Teilhabe, Selbstbestimmung und andere wohlklingende Zustände bringen. In Wahrheit ist es legalisierte Begünstigung von Betriebsräten und grenzt an Korruption.

Die Idee des Co-Managements ist die erweiterte Mitbestimmung der Belegschaft gegenüber der Unternehmensleitung. Nicht nur Manager – auch die Arbeiter sollen bestimmen dürfen. Das klingt natürlich gut und ist ein tolles Wahlkampfthema, doch in der realen Arbeitswelt bekommen schwache Charaktere mächtige Werkzeuge in die Hand gelegt – da ist Missbrauch vorprogrammiert. Es gibt täglich unzählige Konfliktfälle, die arbeitsrechtlich ganz eindeutig zugunsten des Kollegen liegen, doch durch, Verzeihung für dieses Wort, machtgeile Gewerkschaftsfunktionäre hochkochen und eskalieren.

Genau dagegen kämpfen wir: Wir stehen für die gesetzliche Kor-

rektheit aller Abläufe und bieten privaten Machtspielen keinen Platz. Das hat sich jetzt rumgesprochen, dass man bei uns nicht durch Kungelei und Nachuntreten weiterkommt, sondern was „wegschaffen“ muss. Auch deswegen hassen uns die Funktionäre der IG Metall.

Die Betriebsratswahlen 2018 stehen unmittelbar bevor, die Stimmung im ganzen Land heizt sich auf. Die bundesdeutsche Sozialpolitik lässt die Arm-Reich-Schere immer weiter aufgehen und von der ganzen Wohlstandsvermehrung kommt bei den Kollegen nicht viel an. Was muss sich jetzt ändern?

Wir leben in einer Welt internationaler Großkonzerne – Menschen sind für die nur, wie es im Englischen so treffend gesagt wird, *Human Resources*, Schmieröl für ihre Maschinen. Ihnen geht es nur um ihren Profit, deswegen brauchen sie immer neues Material und verschieben Menschen auf dem Globus wie Schachfiguren. Wir können das Spiel nicht ändern, aber wer sagt denn, dass wir ihren Spielregeln folgen müssen? Wir müssen im Kleinen leben, was wir uns für das Große wünschen. Ganz konkret: Wir müssen – um im Großen eine Verschiebung zu bewirken – im Kleinen aktiv sein, den Etablierten jetzt jedes Amt und jeden Posten abjagen. Genau damit ändern wir das System. Deswegen sind diese Betriebsratswahlen mindestens so wichtig wie die Bundestagswahl 2017. Wir wirken auf betrieblicher Ebene als Korrekturfaktor gegen eine verkrustete „Elite“.

Für den normalen Bundesbürger war das Thema Betriebsratswahl bislang nicht so gegenwärtig. Doch das Monopol der dezidiert linken Gewerkschaften auf Vertretung der Interessen der Arbeiter bröckelt in bahnbrechendem Tempo. Statt übertriebener Fernsolidarität der Gewerkschaften brauchen die Kollegen nun selbst Hilfe. Viele fordern eine neue soziale Politik. Die Kampagne „Werde Betriebsrat“ der Bürgerinitiative „Ein Prozent“ schafft immense mediale Öffentlichkeit und auch die AfD schärft ihr soziales Profil. Hat das Auswirkungen auf die Betriebsratswahl?

Definitiv. Wir hören doch beinahe wöchentlich Meldungen über immer neue Rekordgewinne unserer Wirtschaft. Doch bei denen, die diesen Reichtum erarbeiten, kommt davon nichts an. Die Arm-Reich-Schere drifft weiter auseinander, viele Rentner müssen Pfandflaschen sammeln und 60 Prozent unserer Bürger besitzen faktisch kein Vermögen, während die reichsten 10 Prozent den Großteil des Reichtums sammeln. Wir alle fragen uns: Wo soll das mal hinführen? Durch ein Mosaik vieler einzelner Akteure – auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene – ist es uns jetzt gelungen, Aufmerksamkeit auf diese wichtige Wahl zu lenken. Entweder, die etablierten Gewerkschaften halten Wort und tun was sie versprochen haben. Oder sie verlieren endgültig ihre Glaubwürdigkeit. So oder so: Am Ende profitieren die Arbeiter und Angestellten. Dafür arbeiten wir. Gemeinsam und solidarisch. ✨

Mehr Informationen unter www.zentrum-auto.de

Zentrum
Automobil e.V.

EINPROZENT

Netzwerk für PATRIOTEN

von Philip Stein



EINPROZENT.DE

Wer sich selbst als Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk bezeichnet, der braucht sowohl Mut als auch eine ordentliche Portion Selbstvertrauen. Wir haben diese Selbstbezeichnung ganz bewusst gewählt, denn „Ein Prozent“ hat sich seit seiner Gründung im Oktober 2015 zum zentralen außerparlamentarischen Akteur des patriotischen Spektrums in der Bundesrepublik entwickelt – über 40.000 aktive Unterstützer stehen Pate für diesen Aufschwung!

Auf diese Entwicklung – von einem kleinen, aus der Notwendigkeit heraus geborenen Verein zu einer auf nahezu allen politischen Bereichen agierenden patriotischen NGO – sind wir sehr stolz. Mittlerweile arbeiten über zehn Mitstreiter an unserem Blog, der Vernetzung heimatliebender Bürger, der Schaffung patriotischer Freiräume (Hausprojekte, Infoläden u. v. m.), der Vertreibung verfilzter linker Strukturen in Betriebsräten und Hochschulen, der Rückeroberung und Vitalisierung ländlicher Gebiete, tiefeschürfenden Recherchen zu den mafiösen Asylstrukturen und ihren linksliberalen Profiteuren, der Rechtsberatung und juristischen Verteidigung patriotischer Aktivisten, der Beratung parlamentarischer Akteure ... – kurz: Sie alle arbeiten

an der Professionalisierung und umfassenden Vernetzung der patriotischen Opposition!

„Ein Prozent“ ist dabei „Kraftbude“, Scharnier und Organisator der weitreichenden Proteste gegen das „System Merkel“ und das verlogene Establishment in Deutschland und Europa. Wir setzen nicht nur um, wozu andere aus verschiedensten Gründen nicht in der Lage sind. Vielmehr sind wir immer dann zur Stelle, wenn jene, die ihren Kopf aus der Deckung heben, professioneller Hilfe und Rückendeckung bedürfen! Unser Bürgernetzwerk ist Schutzschirm für Aktivisten, Geburtshelfer für patriotische Projekte, Anker für politische Dissidenten, Finanzier bürgerlicher Proteste und gleichzeitig ruhiger, strategischer Knotenpunkt verschiedenster politischer Akteure. Denn wir meinen, dass nur der gemeinsame, geschlossene Vorstoß unsere Gegner aus der Reserve locken kann. Auch wenn wir manchmal getrennt marschieren müssen, können wir doch gemeinsam zuschlagen – und vor allem zusammenhalten!

Unser Widerstand gegen die etablierten Wächter der Selbstzerstörung war noch nie so vielfältig, breit, laut und gleichzeitig so gut vernetzt – diese Entwicklung ist mitunter das Ergebnis unserer engagierten Arbeit. Wir sind zur rechten Zeit am rechten Ort – und das ist bitter nötig, denn die Zeit drängt gewaltig.

Daher bitte ich Sie aufrichtig: Unterstützen Sie das Bürgernetzwerk „Ein Prozent“ mit Ihrer Kraft, Ihren Ideen, Ihrem Know-how und Ihren Spenden. Wir zählen auf Sie, um unsere bisher einmalige Arbeit fortzuführen und auszubauen! Gemeinsam schaffen wir die so dringend nötige Wende – und schicken die Zerstörer unserer Heimat endgültig in Rente! ✨



Jeder von uns hat mittlerweile einen Freund oder Bekannten, der seine Arbeitsstelle aus politischen Gründen verloren hat.

BETRIEBSRATSWAHLEN:
01. MÄRZ BIS 31. MAI
2018

Damit ist jetzt Schluss: Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 eigene Kandidaten und Vertrauensleute wählen. Patrioten schützen Patrioten – wir lassen niemanden zurück!

WWW.WERDEBETRIEBSRAT.DE



Kandidaten registrieren sich zuerst auf www.werdebetriebsrat.de. Nach der Registrierung erhalten Sie Zugriff auf wichtige Informationen, Termine und Schulungsmaterial.

KANDIDATUR UND VERFAHREN

- ✔ Betriebsräte werden auf Rechtsgrundlage des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) und der Wahlordnung (WO) gewählt.
- ✔ Vom 01. März bis zum 31. Mai 2018 finden bundesweit Betriebsratswahlen statt.
- ✔ Wahlberechtigt ist jeder Volljährige, der seit sechs Monaten fest im Betrieb arbeitet.
- ✔ Leiharbeiter sind nach drei Monaten im Betrieb wahlberechtigt.
- ✔ Wählbar sind Einzelpersonen oder eine Vorschlagsliste gleichgesinnter Kollegen.
- ✔ Die zur Wahl vorgeschlagene Person oder Gruppenliste benötigt vor Wahlantritt Stützunterschriften mit entweder mindestens einem Zwanzigstel der Stimmen (Fünf-Prozent-Klausel) oder in kleineren Betrieben die Stützunterschriften von drei Wahlberechtigten.
- ✔ In Großbetrieben mit mehr als 200 Beschäftigten sind 50 Stützunterschriften ausreichend.
- ✔ Zur Wahl muss eine Vorschlagsliste mit Bewerbern erstellt werden. Diese Listenkandidaten werden unter Angabe von Familienname, Vorname, Geburtsdatum und Art der Beschäftigung im Betrieb aufgeführt. Detaillierte Informationen zur Aufstellung der Liste erhalten Sie von uns.

WIR SIND VIELE!

»Ein Prozent« und die erfahrenen Betriebsräte von »Zentrum Automobil e.V.« unterstützen die Kandidaten logistisch, finanziell und juristisch. Veränderung beginnt mit Opposition, wir tragen den Widerstand nun in die Betriebe!



KONTAKT: BETRIEBSRAT@EINPROZENT.DE
Wir melden uns innerhalb von 24 Stunden bei Ihnen.



Europas Sozialabbau GEWERKSCHAFTEN MACHEN MIT

Mitte November 2017 verabschiedeten Funktionäre der Europäischen Union (EU) im schwedischen Göteborg feierlich eine Erklärung: Die „Europäische Säule sozialer Rechte“. Die möglichen Folgen für die Arbeitnehmer in Deutschland und anderswo sind denkbar schlecht. Doch leider sind gesamteuropäische Themen zu selten präsent bei den Menschen. Grund genug, sich die Erklärung und ihre Resultate anzusehen.

von Dennis Meyer

Ziel der EU-Kommission um Jean-Claude Juncker ist es, „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“ zu ermöglichen und „faire Arbeitsbedingungen“ zu schaffen. „Sozialschutz und soziale Inklusion“ stehen ebenfalls oben an. Klingt gut? Ist es aber nicht. Wie so oft steckt der Teufel im Detail. Beziehungsweise hier: in den 20 Punkten der Erklärung.



Ein Beispiel: Im II. Teil, unter Punkt 5, heißt es: „Der Übergang in eine unbefristete Beschäftigungsform wird gefördert.“ Das kann man so deuten, dass die befristete Form die Regel ist, die als „normal“ verstanden wird. Weiter in Punkt 5: „Probezeiten sollten eine angemessene Dauer nicht überschreiten.“ Bemerkenswert: „sollten“. Und wer entscheidet eigentlich, was „angemessene Dauer“ bedeutet? Nicht nur hier ist den großen Konzernen weiterhin ein Freifahrtschein ausgestellt worden.

Weiteres Beispiel, 6. Punkt: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ – immer ans Gendern denken – „haben das Recht auf eine gerechte Entlohnung, die ih-

nen einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht.“ Auch hier: Schwammig, was mit „gerechte Entlohnung“ gemeint ist. Nebulös, was diesen „angemessenen Lebensstandard“ ausmacht.

So beliebig geht es weiter, wobei der Kampf gegen Arbeitnehmerrechte ab und an hervorschimmert und nicht länger kaschiert werden kann. So in Punkt 8: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre Vertretungen haben das Recht auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung in für sie relevanten Fragen, insbesondere beim Übergang, der Umstrukturierung und der Fusion von Unternehmen und bei Massenentlassungen.“ Das muss man sich vorstellen: Arbeit-

nehmer haben das „Recht auf Unterrichtung und Anhörung“ – natürlich haben sie gerade nicht das, was letztlich alleine zählt: Mitspracherecht. Deutschland und Europa auf dem Weg zurück ins Feudalzeitalter?

Der Spott ist naheliegend, jedoch gefährlich. Weil man zu schnell vergisst, wie ernst die Situation eigentlich ist. Bereits jetzt gibt es in Deutschland den höchsten Niedriglohnsektor der EU: Minijobs, Leih- und Zeitarbeit, unbezahlte Überstunden, Leistungskürzungen bei Arbeitslosen, Bekämpfung oppositioneller Gewerkschaften – all das ist spätestens seit der von Rot-Grün erkämpften „Agenda 2010“ bittere Realität.

Und die „Freizügigkeit“ und „Flexibilität“, von der all die EU-Anhänger – ob Merkel oder Schulz – immer wieder schwärmen. Was ist sie anderes als die Freiheit des Kapitals und die Freiheit zur Entwurzelung unzähliger Menschen? Die Zahlen Europas sind doch bereits jetzt alarmierend: Über eine Million Ukrainer arbeiten in Polen zu Billiglöhnen. Eine Million Polen arbeiten wiederum in Großbritannien. Slowakische Pfleger arbeiten in Österreich, ungarische in der Schweiz. Deutsche Fachkräfte wandern derzeit nach Übersee aus. Ist das die Flexibilität, die sie meinen? Wenn ja, geht diese durch und durch neoliberale Flexibilität auf Kosten der normalen Menschen. Auf Kosten der Familienplanung. Auf Kosten des Selbstwertgefühls. Auf Kosten des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Zum Wohle der Profite privater Konzerne und der EU-Eliten.

Achja: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) inklusive IG Metall hat nicht nur auf Proteste verzichtet. Nein. Der DGB hat der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ zugestimmt. ❄

Mut zur Wahrheit!

COMPACT-Magazin gibt der schweigenden Mehrheit eine Stimme – Monat für Monat. Wir schreiben das, was andere nicht drucken dürfen: mit scharfem Schwert und leichter Feder.

Besuchen Sie auch unsere Website mit aktuellen Nachrichten und Analysen und eigenem TV-Kanal: compact-online.de



COMPACT Bestellung unter COMPACT-Magazin · Am Zernsee 9 · 14542 Werder · Fax 03327-569 86 17 · verlag@compact-mail.de · compact-shop.de

„DEUTSCHLAND GEHT ES GUT“

IST DAS WIRKLICH SO?

von Benedikt Kaiser

Die CDU/CSU feiert sich und die Große Koalition. Im September 2017 zog man in einem Videospot ein vorläufiges Fazit. „Die letzten vier Jahre waren außerordentlich erfolgreiche Jahre für unser Land“, resümiert da CDU-Prominenz wie Volker Kauder. Doch meint die deutsche Regierung mit „Deutschland“ nur die obersten Schichten der Gesellschaft?

Denn man muss sich schon fragen: Kann man wirklich von erfolgreichen Jahren sprechen, wenn sich die Arm-Reich-Spaltung in unserer Gesellschaft vergrößert? Wenn Leih- und Zeitarbeit zunehmen? Wenn Hunderttausende Menschen ihre Heimat verlassen müssen, um „auf Montage“ fern der Familie das Geld zu erarbeiten?

Drei Thesen zur (fehlenden) sozialen Gerechtigkeit.

1. Die Relationen sind aus den Fugen, das gesunde Maß verloren!

In Deutschland haben wir beispielsweise Folgendes:

■ 335.000 Obdachlose, davon fast 30.000 Kinder,

■ sechs bis acht Millionen Menschen im Hartz-IV-Status (Leistungsbezieher samt Angehörige), darunter schätzungsweise 1,9 Millionen Kinder,

■ eine Armutsquote von 15,7 Prozent, ■ 800.000 Menschen in „absoluter Armut“,

■ den Fakt, dass die ärmere Hälfte der Bevölkerung kein Nettovermögen besitzt.

Auf der anderen Seite hat Deutschland zu vermelden:

■ mindestens 1,3 Millionen Euro-Millionäre,

■ den Umstand, dass in den vergangenen Jahren die – materiell

gesehen – obersten zehn Prozent der Bevölkerung ca. 53 Prozent des Nettogesamtvermögens besaßen, die ärmere Hälfte nur auf ein Prozent kam,

■ ein Wirtschaftssystem, das – um ein Beispiel zu nennen – einem Manager der Daimler AG über acht Millionen Euro Jahresgehalt ermöglicht, was ihm nach der Pensionierung Ansprüche in Höhe von 39 Millionen Euro verschafft, während Millionen fleißiger Menschen bereits jetzt Altersarmut erleben oder ihr rasant entgegengehen.

Die Zahlen belegen: Die Verhältnisse sind aus den Fugen geraten. Umsteuern hieße: soziale Gerechtigkeit wieder ins Zentrum der Politik stellen, Verhältnisse gerade rücken, Versöhnung der Menschen statt Spaltung.

2. Soziale Sicherheit ist ein Grundstein der Gesellschaft – das verträgt sich nicht mit einem massiven Niedriglohnsektor!

Wohl fast jeder träumt von einer Familie. Von einem Haus mit Garten. Davon, die eigenen Kinder in Sicherheit zu wissen. Dass man Kredite bedienen kann, fürs Alter was beiseite legt – kurz: dass man sein Leben regeln und einigermaßen planen kann. Und: Das war vor wenigen Jahrzehnten noch Normalität.

Leider bleibt genau dies für immer mehr Bürger heute nur noch ein Traum. Das liegt beispielsweise am größten Niedriglohnsektor Europas – obwohl es Deutschland und seiner Wirtschaft doch so gut geht! Anders als den armen Ländern des europäischen Südens ... so wird es je-

denfalls nicht nur von der CDU/CSU behauptet. Die Realität sieht anders aus.

Der Anteil der Arbeitnehmer, die hierzulande Niedriglohn beziehen, ist nämlich im europäischen Vergleich sehr hoch. 22,5 Prozent der Beschäftigten arbeiten unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro in der Stunde. Dagegen arbeiten im Euroraum nur 15,9 Prozent im Niedriglohnbereich. Sie haben aber mehr Netto als ihre deutschen Kollegen: Der Niedriglohn im Euroraum wird erst unterhalb von 14,10 Euro gerechnet!

Wie sollen diese 22,5 Prozent in materieller Sicherheit eine Familie gründen, wenn sie nicht wissen, was morgen ist? Soziale Sicherheit ist für zu viele Menschen in unserem Land nur noch ein Traum längst vergessener Tage.

3. Innere Sicherheit verkommt immer mehr zu einem Privileg für Reiche!

Deutschland ist keine Insel. Wir sind Teil eines weltweiten Prozesses der Migration und Arm-Reich-Eskalation.

Einerseits stoßen Menschenmassen in die westlichen Gesellschaften. Sie werden angelockt vom Ruf materieller Verheißung durch politische, wirtschaftliche und mediale Führungskreise. Man erinnert sich noch ans allgegenwärtige „Refugees Welcome!“. So entsteht die nationale Konfliktlinie zwischen Einheimischen („die schon länger hier leben“) und Migranten.

Andererseits trifft diese nationale Konfliktlinie auf die soziale Konfliktlinie, auf „die wachsende gesellschaftliche Polarisierung zwi-

schen einem immer kleiner werdenden Kreis Privilegierter und dem Rest der Bevölkerung“, wie der italienische Wissenschaftler Domenico Losurdo eine gesamt-europäische Entwicklung zusammenfasste. Rest der Bevölkerung heißt hier: Mehrheitsbevölkerung! Diese Entwicklung führt zu Neid, Konflikten, Gewalt.

Reiche können es sich jedoch leisten, in Neubausiedlungen jenseits der Problemstadtteile zu ziehen. Dort sind sie unter sich, abgeschirmt von jener Realität, die ihr eigenes Wirtschaften mitgeschaffen hat. Somit können sie handeln, wie sie handeln, ohne die Folgen zu verantworten. Das geht aber nur, wenn man selbst privilegiert ist. Die Mehrheit der Deutschen ist es nicht. Die Mehrheit hat mit steigenden Mieten und Gentrifizierung zu kämpfen. In der logischen Konsequenz sind daher die einheimischen Opfer der nationalen Konfliktlinie zugleich häufig auch die Opfer der sozialen. Man denke hierbei insbesondere an Minijobber und Zeitarbeiter. Sie alle müssen oftmals aufgrund von Niedriglohn und Kurzzeitanstellungen in Problemstadtteilen leben. Dort treffen sie immer häufiger auf Neuankömmlinge, die nicht zwingend an einem solidarischen Zusammenleben interessiert sind, wie linke Gewerkschaftsbonden noch immer pauschalisierend propagieren.

Alleine diese drei Beispielthesen zeigen:

Soziale Sicherheit und innere Sicherheit sind ein Zwillingsspaar. Deutschland geht es gut – vielleicht. Deutschland kann es viel besser gehen – sicherlich. Dafür bedarf es der politischen und sozialen Wende! ✨



Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus

von Björn Höcke

Die AfD muss auch den sozialistischen Auftrag übernehmen, den die Linke verraten hat: Als Anwalt der Arbeiter und der sozial Schwachen die Gegenwehr gegen das internationale Finanzkapital organisieren, das die Völker zerstört.

Wir werfen fremden Kulturen ihr Anderssein nicht vor, im Gegenteil: Wir erfreuen uns an der kulturellen Vielfalt auf dieser Welt. Aber nur unter der Voraussetzung gemeinsam geteilter Grundwerte und Grundnormen kann ein Gemeinwesen sich aus sich selbst heraus befrieden und allfällige Konflikte in produktive Bahnen lenken.

Dass diese Erkenntnisse und Errungenschaften einem rapiden Verfalls- und Zerstörungsprozess ausgesetzt sind, ist die unmittelbare Folge einer Politik der systematischen Entstrukturierung, Entdifferenzierung und Entgrenzung – in der Summe: der Auflösung aller Dinge. Das ist auf eine kurze Formel gebracht die Agenda der Globalisten! Gewiss ist das Projekt der Globalisten – ungehemmte Migrationsfreiheit im Weltmaßstab durchzusetzen –, vor allem die Verwirklichung der Kopfgebunden doktrinäer Ökonomen, deren neoliberale Gedankenmodelle

stets die umfassende Mobilität aller Produktionsfaktoren propagieren, vor allem die des Faktors „Arbeitskraft“.

Globalisierung bedeutet Zerstörung

Diese Theorie ist systematisch blind für die ordnungspolitischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, in die eine funktionierende Volkswirtschaft eingebettet sein muss. Und sie ist erst recht blind für die sozialen Folgen, die ihre naive Anwendung heraufbeschwört. Sie ist das perfekte ideologische Vehikel, mit dem eine kleine Geldmachtelite ihre Interessen auf Kosten aller Völker der Welt durchzusetzen trachtet. Es handelt sich um die Interessen einer winzigen Minderheit, letztlich der wenigen hundert Letzteigentümer der miteinander verflochtenen internationalen Konzerne. Ein Patriot, der das erkannt hat, hat seinen wahren politischen Gegner erkannt!

Die Auflösung von Strukturen ist gerade nicht gleichbedeutend mit der Auflösung von Macht, wie viele Linke immer noch glauben, sondern zerstört lediglich das in diesen Strukturen enthaltene machtbegrenzende Moment – die einzig relevanten Gegenkräfte ge-

gen den Geldmachtkomplex. Eine bloße „Bevölkerung“, wo es bisher ein Volk gab, ist nicht mehr als ein leicht zu steuerndes Verwaltungsobjekt. Sie wird den Mächtigen niemals entgeschleudern können: „Wir sind das Volk“ – und genau deswegen führen die internationalen Eliten gegen die Völker einen stummen, erbarmungslosen Krieg!

Nutznieser dieser Politik sind neben der erwähnten politischen Klasse lediglich diejenigen, die durch ihre Botmäßigkeit Karriere machen: Medienleute, Wissenschaftler und vor allem Angehörige der Sozial- und Integrationsindustrie, die mit der Verwaltung und Beschönigung politisch herbeigeführte Probleme ihren Lebensunterhalt bestreiten und deshalb ein Interesse an weiterem Problemnachschub haben.

Unmittelbar Leidtragende sind alle anderen: die Menschen, die weder die Mittel haben, in eine sichere Wohngegend zu ziehen, noch ihren Kindern teure Privatschulen zu finanzieren, um sich dem dramatischen qualitativen Verfall des öffentlichen Bildungswesens zu entziehen. Leidtragende sind die Menschen mit geringer Schul- und Berufsqualifikation, die die Auswirkungen eines lohn-

drückenden Überangebots an gering qualifizierter Arbeit zu spüren bekommen. Leidtragende sind die Steuerzahler, denen ihr hart verdient Geld aus der Tasche gezogen wird, um größtenwahnsinnige Projekte vom Euro bis zur Masseneinwanderung zu finanzieren. Leidtragender ist, mit einem Wort, der „kleine Mann“!

Es mag ja sein, dass Globalisierung im Sinne zunehmender internationaler Arbeitsteilung und wachsenden grenzüberschreitenden Handels bis zu einem gewissen Grad ein naturwüchsiger Prozess ist – die politisch gewollte Zerstörung von Staat, Volk, Recht, Religion, Sicherheit, Sitte und Anstand aber ist es nicht, und der Verrat der Linken an den „kleinen Leuten“ ist es erst recht nicht!

Die AfD ist heute die parteipolitische Speerspitze der Bürgeropposition gegen die unhaltbaren Zustände in unserem Land. Es ist eine Bewegung aus dem Volk und für das Volk. Es ist eine Bewegung, die sich das selbstverständliche Recht genommen hat, das eigene Land, das von einer korrupten politischen Klasse okkupiert wurde, wieder zurückzuholen!

Ungekürzte Erstveröffentlichung in: COMPACT-Magazin 1/2018 ✨



GUIDO REIL *im* Gespräch mit JÜRGEN ELSÄSSER

Der Essener Guido Reil kommt aus einer Bergbaufamilie, arbeitete viele Jahre als Steiger in der letzten Zeche des Potts und wurde vor diesem Hintergrund fast zwangsläufig SPD-Mitglied. Über 20 Jahre hielt er den Genossen die Stange und war einer ihrer Vertreter im Stadtrat. Im Jahr 2015 zog er die Reißleine und trat zur AfD über.

Sie waren jahrzehntelang in der SPD. Wie kam es dazu?

Mein Vater und mein Opa waren stolz darauf, dieses Land mit aufgebaut zu haben. Die hatten schon gute Gründe, in der SPD zu sein, und die SPD wurde auch lange Zeit gebraucht. Es war die älteste Partei in Deutschland, und ich glaube, sie hat einen wichtigen Beitrag in der Geschichte geleistet.

Aber die SPD hat sich mit der Politik, die sie die letzten zehn Jahre gemacht hat, völlig überlebt. Denn für ihre Klientel, die kleinen Leute, und für die Arbeitsplätze setzen sie sich überhaupt nicht mehr ein. Die haben sie verraten und verkauft, die haben sie im Stich gelassen – so empfinde ich das.

Und meine Heimat, das Ruhrgebiet – das ist ja die Herzkammer der Sozialdemokraten – haben sie auch im Stich gelassen. Wenn man sich die Entwicklung mit offenen Augen ansieht, hab ich mich immer gefragt: Wo bleibt der Aufschrei der Sozialdemokratie? Denn das Ruhrgebiet geht vor die Hunde. Die haben da immer gesprochen vom Strukturwandel, der hat nicht stattgefunden – da hat Deindustrialisierung stattgefunden: Gelsenkirchen, mein Geburtsort, hat heute die höchste Arbeitslosenquote Deutschlands.

Als Sie in die SPD eingetreten sind, gab es da noch patriotische Traditionen?

Also der Nationalstolz bei den alten Sozis, der war immer da, da war keiner böse auf sein Land. Und Helmut Schmidt, ein Mann, den ich unheimlich bewundere – er war für mich der größte Kanzler –, hat sich schon in den 1980ern sehr deutlich zur Asylproblematik und bis zum Ende seines Lebens sehr deutlich zum Islam geäußert. Der hat wirklich Aussagen gemacht, für die er heute als Nazi

hingestellt würde. Ich hab den extremen Niedergang der Sozis miterlebt, vor allem, seit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft an die Macht gekommen ist, mit ihrer guten Freundin Sylvia Löhrmann. Mit sozialdemokratischer Politik hatte das nichts mehr zu tun.

Was hat denn aus Ihrer Sicht den Umschwung zum Schlechten verursacht?

Das Establishment der SPD, die, die was zu sagen haben, haben mit Arbeitern nichts mehr zu tun. Wenn man die mal fragt, was sie für eine Arbeiterbiografie haben, dann sagen sie: „Ja, im Studium...“ In der Regel sind diese Funktionäre Leute, die mal irgendwann angefangen haben zu studieren, relativ schnell Jusos geworden sind und dann angefangen haben, für die Partei zu arbeiten. Die meisten haben nie richtig gearbeitet, ihr Studium in der Regel gar nicht abgeschlossen. Da gibt es ganz viele Beispiele. Das Beste ist Petra Hinz, die hat ihr Studium gar nicht angefangen. Sie hat ihr Abitur und Jurastudium total erfunden. Die sind alle rundgelutscht, austauschbar, ohne Ecken und Kanten, die sprechen keine klare Sprache.

Sie hatten in der Arbeit bestimmt viel Kontakt mit ausländischen Kollegen. Wie sind Sie mit denen ausgekommen?

Also ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin mein ganzes Leben mit Türken zusammen gewesen, das waren auch Moslems, und die hab ich früher als positiv empfunden. Das waren meine besten Freunde. Da hat die Religion auch gar keine Rolle gespielt, die waren anders drauf. Das hat sich komplett geändert in den letzten Jahren. Sie werden ständig religiöser und nationaler. Und dann wird ihnen vorgebetet, zum Beispiel vom DITIB, das von Erdogan gelenkt wird. Da hat sich eine Gruppendynamik entwickelt und ein unheimlicher Nationalstolz, den ich an den Türken, mit denen ich gearbeitet habe, gar nicht kannte. Aber viele türkische Kollegen sehen die aktuelle Lage ähnlich wie wir. Die sagen: Ich habe Angst um meine Söhne, wenn die am

Wochenende rausgehen. Sie sehen zwei große Gefahren: Dass sie sich islamisch radikalisieren, in irgendeiner Hinterhofmoschee, oder dass sie in die Kriminalität abrutschen. Dabei muss man sehen, dass das Kinder mit Abitur sind. Und trotzdem finden sie keinen Job und geraten auf die schiefe Bahn. Und vor dem Hintergrund frage ich mich: Wie wollen wir die Leute integrieren, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen und noch nicht mal Deutsch sprechen? Die, die an den Schalthebeln sitzen, wissen das. Mir hat ein SPD-Minister schon im November 2015 gesagt, maximal zehn Prozent der Flüchtlinge sind in Arbeit vermittelbar – und zwar nicht kurzfristig, sondern langfristig. Als ich mich dann aufgeregt habe, warum wir Sozialdemokraten das trotzdem mitmachen, hat er mir gesagt: Das hat drei Gründe. Erstens, wir haben auch keine Lösung. Zweitens, wir dürfen die Bevölkerung nicht verunsichern. Und drittens: Wir dürfen die Rechten nicht stark machen. Das kann niemals klappen! Diese ganze Politik wird uns um die Ohren fliegen. Und da habe ich noch nicht über Kriminalität gesprochen. Da habe ich nur die rein wirtschaftlichen Probleme der Integration aufgezeigt.

Ich habe den Eindruck, dass die Gastarbeiter der ersten Generation, selbst die Türken, die Probleme der offenen Grenzen viel deutlicher aussprechen als die Deutschen mit ihrer Ängstlichkeit. Viele dieser Gastarbeiter wählen heute AfD, oder?

Da stimme ich ganz deutlich zu. Vor allem meine osteuropäischen Kollegen drehen völlig durch bei dem, was sich hierzulande abspielt. Selbst meine Türken sind entsetzt, wen wir da alles reingelassen haben – denn diese Leute waren oft vorher ein, zwei Jahre in der Türkei und haben dort schon Sch*** gemacht. Die haben dort Arbeit und Wohnung gehabt und haben das aufgegeben, weil es in Deutschland mehr zu holen gibt.

Zum offenen Zerwürfnis mit der SPD kam es erst vor zwei Jahren. Warum?

>>

Ich habe im September 2015 (dem Monat der Grenzöffnung durch die Bundeskanzlerin) gesehen, dass – nach all den Problemen, die es schon gab – plötzlich noch einmal eine Million Männer aus dem Nahen Osten kommen, die angeblichen Flüchtlinge... Und viele ausgerechnet in meinen Stadtteil in Essen, wo wir schon eine Immigrantquote von 40 Prozent hatten, bei den Kindern schon 70 Prozent. Da wird ein großes Flüchtlingsdorf aufgebaut, und noch mal 700 Flüchtlinge kommen dazu. Und dann hab ich gesagt: Jetzt ist Schluss mit lustig. Da haben sich auch andere tierisch

aufgeregt bei mir in der SPD-Fraktion. Aber keiner hat was gesagt! Wenn man über die Standorte von Flüchtlingsheimen diskutiert, ist es immer so, dass ein Betroffener wie ich sich aufregt – und alle anderen machen drei Kreuze unterm Tisch. Hinterher klopfen sie dir auf die Schulter: Hast ja recht gehabt, wir wissen das, das kann ja alles nicht funktionieren, aber wir können ja nichts ändern. In dieser Situation, Ende 2015, hab ich über Weihnachten ein Gespräch geführt mit meiner Familie – ihnen im Prinzip meine Entscheidung mitgeteilt, dass ich es offen sagen werde, dass ich jetzt ein In-

terview geben und die Sache mal anstoßen werde. Das hab ich dann tatsächlich getan. Am 4. Januar hab ich der WAZ ein Interview gegeben mit dem Titel: „Integration arabischer Flüchtlinge scheitert“. Mit dem Interview bin ich bundesweit bekannt geworden, und es hat eine Riesenwelle gegeben, vor allem eine Riesenwelle an Zustimmung. Die einzigen, die nicht zugestimmt haben, war das Establishment meiner Partei und die Jusos. Die Jusos waren die ersten, die mich als Faschisten bezeichnet haben. Dann hat die WAZ eine Online-Umfrage gemacht, und ich hatte eine Zustimmung von

96 Prozent. Da wurden viele wach! Dann haben wir zur Demo aufgerufen. Da ging's noch nicht mal grundsätzlich um die Frage, ob wir Flüchtlinge wollten, sondern nur, wie die verteilt sind in der Stadt. Da schritt Hannelore Kraft ein und schickte den SPD-Generalsekretär vorbei, um mich da auszubremsen. Das Aufbegehren der SPD-Basis war da, aber es wurde von oben weggebürstet.

Ungekürzte Erstveröffentlichung in: COMPACT-Spezial Nr. 14 „Vertrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien“. ❄

AfD = Arbeiter für Deutschland?

von Jürgen Elsässer

Das Wahlergebnis vom 24. September 2017 hat in den Bastionen der Linken wie eine Bombe eingeschlagen: In den Betrieben hat wohl vor allem die SPD große Teile ihrer Klientel verloren. Profitiert hat die AfD. Damit setzt sich ein Trend fort, den man zuvor in anderen westlichen Ländern studieren konnte: In Frankreich hat der Front National die früheren Hochburgen der Kommunisten übernommen und ist zur Partei des Proletariats geworden. In Österreich votierten bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2016 satte 86 Prozent der Arbeiter für den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer. In den USA verdankte Donald Trump seinen Triumph dem Überlaufen der Malocher aus dem industriellen Rostgürtel, die einst treue Anhänger der Demokraten gewesen waren.

Warum tendiert eine Bevölkerungsgruppe, die Marx zum „revolutionären Subjekt“ seiner Gesellschaftsveränderung ausgerufen hat, nach rechts? Warum stimmen die Arbeiter für einen Milliardär wie Trump, eine Bürgerliche wie

Marine Le Pen, eine Bankerin wie Alice Weidel? Weil sie sich von diesen – trotz aller Unterschiede in Herkunft und Habitus – an einem Punkt verstanden fühlen, der für sie als Arbeiter existentiell ist: dass Masseneinwanderung und Islamisierung gestoppt werden müssen. Im Unterschied zu den Großkapitalisten können sie nicht vor den kriminellen Ausländerbanden in Luxus-Resorts flüchten; sie können ihre Töchter nicht auf Privatschulen vor den Dschihad-Machos in Sicherheit bringen; sie sind – im Unterschied zur anglierten Elite – schon durch die Sprache an ihr Heimatland gebunden. Und ist nicht die Frauenemanzipation, die die Moslems hassen, eine der Errungenschaften gerade der Arbeiterbewegung gewesen? Warum sind dann Sozis und Gewerkschaften so kriecheleisch islamophil?

Auch zur wirtschaftlichen Absicherung sind die Kollegen auf den Schutz des Nationalstaates angewiesen: In der *One World* wandern ihre Jobs in Billigstandorte ab – und illegale Lohndrücker ein. Die Arbeiter werden also – weni-

ger aufgrund von romantischer Neigung als einfach infolge ihrer Bedrohung auf allen Ebenen – zu Patrioten, und das wiederum zieht sie über kurz oder lang zu Parteien, die wie sie für die Verteidigung der Nation eintreten. Seitdem der Killervirus der 68er-Ideologie die vaterländischen Traditionen der Linken vernichtet hat, gibt es solche Parteien allerdings nur noch rechts.

Deswegen wählten Arbeitnehmer am 24. September die AfD – und nahmen dabei in Kauf, dass es bei dieser in Personal und Programmatik noch wirtschaftsliberale Restelemente gibt, die zum Beispiel im Front National längst überwunden sind. Aber die Sozialkompetenz ist auch in der deutschen Alternative auf dem Vormarsch: Der Bergmann Guido Reil, ein sozialdemokratisches Urgestein, hat die Seele des Kohlenpotts eingebracht; in Sachsen-Anhalt mischt das ehemalige DKP-Mitglied Robert Farle mit klassenkämpferischem Schmackes den Landtag auf; und in der neuen Bundestagsfraktion bilden die Werkträgern mit solider



DDR-Sozialisation einen starken Block. Die Professorenpartei, die Bernd Lucke gegründet hatte, ist jedenfalls passé.

Was werden die patriotischen Leistungsträger tun, wenn das Merkel-Regime trotz des AfD-Vormarsches einfach weiter durchzockt? Wenn der Familiennachzug aus Arabien und Afrika zur Lawine wird? Vor allem in der Automobilbranche gärt es, hier fährt das grünversifftes Establishment über die Diesel-Lüge einen zusätzlichen Frontalangriff, eine Million Jobs sind bedroht.

Ungekürzte Erstveröffentlichung in: COMPACT-Magazin 10/2017

HIER TRETEN ALTERNATIVE GEWERKSCHAFTEN AN.



BREMEN

BERLIN

KÖLN

ERFURT

LEIPZIG

DRESDEN

GÖRLITZ

RÜSSELSHEIM

RASTATT

STUTTGART

UNTERTÜRKHEIM

SINDELFINGEN

WAIBLINGEN